



Pressemitteilung

Ceta: Antidemokratischer Missbrauch der Krisenzeit

CSV-Fraktion nimmt aus Solidarität und Protest nicht an Chamber-Votum teil

"Heute, mitten im von der Chamber einstimmig bestätigten Krisenzustand, zwingt uns die Regierungsmehrheit von Blau-Rot-Grün ohne Not und ohne Zeitdruck eine Debatte über das in der Zivilgesellschaft heftig umstrittene Ceta-Gesetz auf. Dies widerspricht dem elementaren Demokratieprinzip der Partizipation", kritisiert CSV-Fraktionspräsidentin Martine Hansen im Vorfeld der Parlamentssitzung. Demokratie sei definitiv mehr als der Beschluss der Mehrheit.

Dutzende Organisationen wollen gegen Ceta protestieren, auch vor dem Parlament. Weil die Regierung im "état de crise" das in einer freiheitlichen Demokratie zentrale Demonstrationsrecht ausser Kraft gesetzt hat, kann die Zivilgesellschaft zu diesem Zeitpunkt ihre wichtige Rolle der außerparlamentarischen Opposition nicht ausüben. "Wir werden uns deshalb nicht an der Abstimmung beteiligen, wenn wir schon die Debatte nicht verhindern konnten. Wir wollen damit ein klares Zeichen von Solidarität und Protest setzen", so die CSV-Abgeordnete Viviane Reding, die für die CSV zur Ceta-Vorlage sprechen wird.

Die CSV bedauert zutiefst, dass sich eine Regierung, die einmal für mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Partizipation angetreten ist, in Krisenzeiten diese Partizipation mit ihrer Regierungsmehrheit einfach wegstimmt. Dieser Missbrauch der Krisenzeit für antidemokratisches Verhalten ist für uns nicht länger hinnehmbar. Eine Ceta-Abstimmung mitten in der Coronakrise halten wir für demokratisch unvertretbar.

(Mitgeteilt von der CSV-Fraktion, 06.05.2020)